

Achtung – Explosion!?



Anna Sax

Mit dem Thema **Gesundheitskosten** beschäftigt sich auch der Beitrag von **Gerhard Kocher** auf Seite 504.

Die Gesundheitsausgaben steigen. Diese Nachricht sorgt bei Medien, Politikerinnen und Experten alljährlich während einiger Wochen für Nervosität. Sparvorschläge machen die Runde: Man will Tarife senken, Gehälter kürzen, Verwaltungskosten sparen, die Prävention verbessern, mehr Wettbewerb einführen, am besten gleich das ganze Gesundheitssystem umkrempeln. Alle verlangen nach Sparmassnahmen, allerdings nur bei den anderen. Wem nichts mehr einfällt, der appelliert an die Eigenverantwortung der Versicherten. Die Betriebsamkeit ist gross, denn es gilt nichts weniger als eine «Kostenexplosion» zu stoppen.

Halten wir doch einmal einen Moment inne: Was ist eigentlich so schlimm daran, wenn die Gesundheitsausgaben im jährlichen Durchschnitt um rund 3 Prozent wachsen? Weshalb regt sich kaum jemand darüber auf, dass die Wohnungsmieten steigen, oder dass wir immer mehr Geld ausgeben für Mobilität und Freizeitvergnügen? Die Haushaltausgaben für Mobiltelefon, Internet und Fernsehen stiegen seit 2000 durchschnittlich um mehr als 6 Prozent, also um das Doppelte der Gesundheitsausgaben – warum ruft hier keiner «Achtung – Explosion!»? Wie kommt es eigentlich, dass sich niemand freut über das Wachstum eines Wirtschaftssektors, der mehr als eine halbe Million Arbeitsplätze generiert und viel zur Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung beiträgt?

Dann ist also alles in Ordnung? Ganz so einfach ist es nicht

Das Problem sei, dass die Gesundheitsausgaben schneller wachsen würden als die übrige Wirtschaft, erklären die Expertinnen und Experten unisono, denn so würden anderswo Ressourcen abgezogen, etwa bei der Bildung oder bei der sozialen Sicherheit. Nun, das war einmal. Seit 2000 sind die Gesundheitsausgaben im Gleichschritt mit der Wirtschaft gewachsen, ihr Anteil am Bruttoinlandprodukt liegt konstant zwischen 10 und 11 Prozent. Die Gesundheitsausgaben sind auf einem hohen Niveau stabil. Von Kostenexplosion kann keine Rede sein.

OECD und WHO attestierten 2006 dem schweizerischen Gesundheitswesen eine hohe Qualität: Der Gesundheitsstatus der Bevölkerung zähle zu den besten der OECD-Länder, der Zugang sei für alle gegeben, der Leistungsumfang sei grosszügig und die Kundenzufriedenheit hoch. Allerdings, so der Bericht weiter,

zahlten die Schweizerinnen und Schweizer dafür einen hohen Preis. «Diese hohen Kosten sind wohl zum Teil auch die Konsequenzen einer gesellschaftlichen Entscheidung», hielten die OECD-Fachleute fest. Andere Länder erreichen mit weniger Geld ähnlich gute Gesundheitsresultate, etwa Finnland, Spanien oder Grossbritannien. Doch es besteht hierzulande offenbar ein Konsens darüber, dass wir uns bei der Gesundheitsversorgung einen gewissen Luxus leisten wollen: Wir geniessen die grösstmögliche Freiheit bei der Wahl der Leistungserbringer, erhalten rasch Zugang zu den neuesten Technologien, kennen kaum nennenswerte Wartezeiten und lassen uns von bestens qualifiziertem Gesundheitspersonal kompetent behandeln und pflegen. Das alles kostet viel Geld, doch wer wollte ernsthaft auf diese Qualitäten verzichten?

Dann ist also alles in Ordnung? Ganz so einfach ist es nicht, es gibt sehr wohl Handlungsbedarf. Alle, die im Gesundheitswesen arbeiten, können Beispiele von ineffizienten Strukturen, Fehlanreizen, Doppelspurigkeiten, Koordinationsmängeln und Geldverschwendung aufzählen. Es gibt bestimmt noch ein grosses Potential für Optimierungen, doch das Hauptproblem liegt nicht auf der Kosten-, sondern auf der Finanzierungsseite. Was nämlich überdurchschnittlich wächst und eine zunehmende Belastung für grosse Teile der Bevölkerung darstellt, sind die Krankenkassenprämien. Die steigenden Prämien und nicht die Gesamtausgaben sind es, die wir direkt und schmerzhaft zu spüren bekommen. Wenn überhaupt so etwas wie eine «Explosion» stattfindet, dann handelt es sich um eine Prämiexplosion.

Während die öffentliche Hand ihren Anteil an der Finanzierung in den letzten Jahren kontinuierlich senken konnte, hat sich der Anteil der Grundversicherung vergrössert. Grund dafür ist vor allem die Verlagerung der Spitalbehandlungen vom stationären in den ambulanten Sektor, wo die Krankenkassen vollumfänglich für die Rechnungen aufkommen müssen. Die Verschiebung der Finanzierungslast von progressiven Einkommenssteuern zu Kopfprämien wird sich mit der neuen Spitalfinanzierung weiter akzentuieren. Das bedeutet eine übermässige Belastung vor allem der Haushalte mit mittleren Einkommen, die nicht von einer Prämienverbilligung profitieren. Unser Hauptbestreben sollte also nicht darin bestehen, Kosten zu sparen. Viel wichtiger ist es, die vorhandene gute Qualität der Gesundheitsversorgung zu bewahren und für eine nachhaltige und sozialverträgliche Finanzierung zu sorgen.

Anna Sax*

anna.sax@saez.ch